

*Luža, Radomír: Československá sociální demokracie. Kapitoly z let exilu 1948-1989 [Die tschechoslowakische Sozialdemokratie. Kapitel aus den Jahren des Exils 1948-1989].*

Praha 2001. Doplněk, 360 S. (Dokumentace československého exilu 1948-1989, 1).

Mit ihrem Wahlsieg bei den Parlamentswahlen im Sommer 2002 wurde die tschechische Sozialdemokratie (ČSSD) bereits zum zweiten Mal in Folge zur stärksten politischen Kraft Tschechiens. Der auch im mittel- und osteuropäischen Vergleich beispiellose Aufstieg der Partei, die 1990 noch an der Fünfprozenthürde gescheitert war, vermochte jedoch bislang das Interesse der Parteien- und Transformationsforschung nur in begrenztem Umfang zu wecken. Insbesondere die längerfristigen Entwicklungslinien, zu denen auch das Wirken der Sozialdemokratie im Exil von 1948-1989 zu zählen ist, fanden bisher nur wenig Beachtung und wurden vor allem in Memoiren ehemals politisch Aktiver thematisiert. Dieser Kategorie ist auch das vorliegende Werk von Radomír Luža zuzuordnen.

Der Autor, der als junger Mann nach dem Zweiten Weltkrieg in die ČSSD eintrat, floh ebenso wie zahlreiche andere sozialdemokratische Parteifunktionäre im Jahre 1948 aus der Tschechoslowakei. Fortan wirkte er im Vorstand der bald konstituier-

ten Exilpartei und lehrte bis zu seiner Emeritierung im Jahr 1993 Geschichte an der Tulane University in New Orleans. Luža zeichnet auf über 200 Seiten die Geschichte der Partei im Exil von 1948 bis 1989 nach, leider ohne dabei eine erkennbare Fragestellung zu entwickeln. Die scheint er auch gar nicht zu benötigen, denn das Werk gleicht einer Erläuterungsschrift des eigenen politischen Handelns. Das Buch kreist vor allem um ein Generalthema: Den Jahrzehnte währenden Dauerkonflikt Lužas und einiger seiner Gesinnungsgenossen wie Eduard Táborský und Jiří Horák mit dem Rest der Führung der Exilpartei.

Kern dieses sich Mitte der fünfziger Jahre entwickelnden Konflikts war Luža zufolge ein Dissens über das richtige Konzept zur Beeinflussung der politischen Entwicklung in der Tschechoslowakei. Luža hielt der Parteiführung um Václav Majer einen plakativen Antikommunismus vor, der von vornherein zum Scheitern verurteilt war, weil er keine Wirkung entfalten konnte. Stattdessen habe er, Luža, schon sehr früh das Konzept eines „Wandels durch Annäherung“ vertreten, das er mit dem Schlagwort eines „Dialogs von links“ (S. 81) charakterisiert. Ziel eines solchen Dialogs des Exils mit den Funktionsträgern des kommunistischen Systems sei eine Destabilisierung und damit ein schleichender Systemwandel in der Tschechoslowakei gewesen.

Leider – und das ist die Hauptschwäche des Buches – macht sich der Autor jedoch kaum Mühe, die eigenen Konzepte näher zu erläutern. Immer wieder greift er zurück auf die Selbststilisierung seines eigenen Umfeldes als „Reformflügel“, als „authentische“ Sozialdemokratie oder auch als „Opposition“, ohne jedoch im Detail mitzuteilen, worin denn die eigene Authentizität oder der Gegenstand der Opposition bestand. Dieser Verzicht auf analytischen Tiefgang zeigt sich noch viel mehr, wo es um die Positionen der Gegenseite geht.

Denn gerade nach der Niederschlagung des Prager Frühlings und der daraufhin einsetzenden massiven Emigrationswelle, die auch der sozialdemokratischen Exilpartei neuen Zulauf brachte, ließ sich die Frage nach der adäquaten politischen Strategie keineswegs, wie dies bei Luža anklingt, auf die einfache Alternative ‚verbaler Antikommunismus ohne Einflussmöglichkeit‘ versus ‚Erosion des kommunistischen Systems durch vorsichtigen Dialog‘ reduzieren. Vielmehr ging es Mitte der siebziger Jahre für die nach Lužas Angaben etwa 100 Mitglieder umfassende tschechoslowakische Sozialdemokratie im Exil um die Entscheidung, mit welchen anderen Personen und Gruppen im Exil, aber auch in der ČSSR eine Zusammenarbeit zu suchen sei. Heftige Diskussionen rief dabei das Verhältnis zu ehemaligen Mitgliedern der KPTsch hervor. Strittig waren insbesondere jene ehemaligen Mitglieder der ČSSD, die 1948 die Vereinigung mit der Kommunistischen Partei betrieben hatten, nach 1968 jedoch aus der KPTsch ausgeschlossen wurden und sich dann in der politischen Opposition engagierten. Während Luža eine Zusammenarbeit mit Leuten wie dem Sprecher der Charta 77, Jiří Hájek, im Sinne einer möglichst breiten Suche nach Verbündeten durchaus wünschenswert erschien, lehnten der seit dem Tode Václav Majers 1972 amtierende Parteivorsitzende Vilém Bernard, sein Generalsekretär Karel Hrubý sowie die Mehrheit des Parteivorstands eine Zusammenarbeit mit ehemaligen Kommunisten, die sich nicht eindeutig zur Sozialdemokratie bekannten, strikt ab. Dieser Konflikt, in dem sich längst inhaltliche Streitpunkte mit

persönlichen Aversionen einzelner Akteure mischten, führte schließlich 1983 zum Rückzug der Gruppe um Luža aus den Strukturen der Exilpartei.

Mit der folgenden Intensivierung der Kontakte zu einer bunten Gruppe von Dissidenten um Jiří Hájek sei es gelungen, Ende 1989 die Kräfte von Exilpolitik und tschechoslowakischer Opposition zu bündeln und so eine schnelle Wiedergründung der Partei auf tschechoslowakischem Boden zu erreichen. Der im März 1990 gewählte Parteivorsitzende Jiří Horák habe schließlich in den drei Jahren seines Wirkens an der Spitze der Partei die programmatischen und organisatorischen Grundlagen für den Aufstieg Mitte der neunziger Jahre gelegt.

Gerade in solchen undifferenzierten Bewertungen wird deutlich, wie wenig Distanz Luža zu seinem eigenen Handeln entwickelt hat. Kritische Fragen, etwa nach den Ursachen des Wahldebakels von 1990, werden zugunsten der Betonung eigener Verdienste ausgeblendet. Daneben dominiert die Schilderung der Fehler der anderen – in diesem Falle der Führung der Exilpartei, die mit ihrer Präferenz für den Dissidenten Rudolf Baťěk Ende 1989 auf einen Akteur setzte, der an einer baldigen Wiedergründung der ČSSD nur wenig interessiert war.

Trotz ihrer offenkundigen Schwächen wird Lužas Darstellung schon allein deshalb für eine Bewertung der Tätigkeit der tschechoslowakischen Sozialdemokratie im Exil berücksichtigt werden müssen, weil es sich bei Konflikten wie dem hier thematisierten Grundsatzstreit vor einem abschließenden Urteil stets empfiehlt, alle Beteiligten zu hören.